

## Substanzielles Protokoll 66. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. Mai 2011, 20:30 Uhr bis 23:16 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Linda Bär (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Bruno Sidler (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |  |           |
|-----|--------------------------|--|-----------|
| 1.  |                          | Mitteilungen   |           |
| 11. | <a href="#">2011/86</a>  | Weisung vom 23.03.2011:<br>Elektrizitätswerk, Beteiligung am Solarthermie-Kraftwerk Puerto Errado 2 in Spanien, Bewilligung Objektkredit   | VIB       |
| 12. | <a href="#">2010/495</a> | Weisung vom 26.11.2010:<br>Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistendienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss | PV<br>VHB |
| 14. | <a href="#">2008/247</a> | A/P Motion der FDP-Fraktion vom 02.06.2008:<br>Kongresshaus, Projektfinanzierung   | VHB       |
| 15. | <a href="#">2008/257</a> | E/A Postulat von Monjek Rosenheim (FDP), vertreten durch Michael Baumer (FDP) vom 04.06.2008:<br>Stadtverwaltung, Bericht über Raumbelegung  | VHB       |
| 16. | <a href="#">2008/315</a> | A Motion der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:<br>Arealüberbauungen, Überprüfung auf Kinderverträglichkeit  | VHB       |

\* Keine materielle Behandlung

### Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

1374. 2011/86

**Weisung vom 23.03.2011:**

**Elektrizitätswerk, Beteiligung am Solarthermie-Kraftwerk Puerto Errado 2 in Spanien, Bewilligung Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Zur Durchführung einer oder mehrerer Kapitalerhöhungen der ewz (Deutschland) GmbH und zur Gewährung von Gesellschaftsdarlehen an die ewz (Deutschland) GmbH wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit von Fr. 19 540 000.– zwecks Beteiligung an der Projektgesellschaft Tubo Sol Puerto Errado 2 S.L. (Eigenkapital und Gesellschaftsdarlehen) bewilligt.
2. Das Postulat «Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa» von Bernhard Piller und Daniel Leupi vom 27. Mai 2009, GR Nr. 2011/35 (statt Motion, GR Nr. 2009/219) wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsreferent:

**Bernhard Piller (Grüne):** Die Solarthermie wandelt Sonneneinstrahlung in Wärmeenergie um. Die Wärme ist im Gegensatz zum Strom weitaus effizienter und kann kostengünstiger gespeichert werden. Somit wird die Produktion in den thermischen Kraftwerken planbarer, weil auch Nachts Energie produziert werden kann. Die finanzielle Unterstützung des hier vorliegenden Projekts in Spanien sieht vorläufig keinen Import des erzeugten Stroms in die Schweiz vor, sondern nur eine Einspeisung ins lokale spanische Netz und den Verkauf vor Ort. Mittelfristig könnte der ökologische Mehrwert durch ein Zertifikat von Seiten des ewz abgeschöpft werden und längerfristig würde eine Übernahme des Stroms ins eigene Netz geprüft. Während andere Schweizer Firmen am Solarthermieprojekt direkt beteiligt sind, macht das ewz den Umweg über die ewz Deutschland GmbH. Aus unserer Sicht schmälert dies die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Stadtzürcher Bevölkerung, weshalb wir eine schriftliche Anfrage einreichen, die die zukünftige Beteiligungsstrategie des ewz und der Stadt Zürich abklären soll. Trotz dieser Nachfrage ist das fortschrittliche Projekt zu befürworten, weshalb die Kommission die Annahme der Weisung beantragt.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

**Martin Bürlimann (SVP):** Zwar ist Solarthermie eine vernünftige Sache, die Kosten für dieses Projekt sind jedoch zu hoch. Die Finanzierungsmodalitäten gehen um sieben Ecken, am Schluss weiss niemand mehr, wer wirklich zuständig ist. Wenn, dann soll das ewz eine Direktbeteiligung anstreben. Spanien könnte das ewz über den Tisch ziehen und den Einspeisetarif streichen, sobald die Verträge unterschrieben sind. Die Schweiz trägt schliesslich die Kosten. Dem Stadtrat geht es darum, ein solches Verfahren zu zertifizieren. Unklar ist aber, was diese Zertifizierung kostet, wer sie zahlt und warum in der Weisung das Wort Zertifikat selbst nicht zu finden ist. Hier werden mit einer fragwürdigen Finanzkonstruktion in einem bankrotten Land Subventionen abgeholt, ohne dass der Strom in die Schweiz kommt. Die SVP-Fraktion lehnt die Weisung in dieser Form ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Alexander Jäger (FDP):** Der Strom wird vorerst nicht in die Schweiz transportiert, weil das Netz nach Spanien noch nicht ausgebaut ist. Was aber nicht heisst, dass dies für

alle Zeiten so bleibt. Solarthermie ist eine neue Technologie und deshalb sicher eine Risikoinvestition, wir sind aber für den Fortschritt. Für die zukünftige Finanzplanung des ewz bringt das Projekt viel. Wir müssen irgendwann genügend Geld zur Verfügung haben, um dieses in erneuerbare Energien investieren zu können. Die FDP-Fraktion setzt auf diesen Weg und unterstützt die Weisung.

**Martin Luchsinger (GLP):** Eine Zukunft mit erneuerbarer Energie ist nur realisierbar, wenn auch im Ausland geschickt in Solarenergie investiert wird. Die finanziellen Risiken, die dafür eingegangen werden müssen, stehen in keinem Vergleich zu der akuten Lebensgefahr für Mensch und Umwelt durch Atomkraftwerke. Mit diesem Versuchsprojekt wird ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht, man darf es dabei nicht belassen. Das ewz sollte eine detaillierte und langfristige Strategie ausarbeiten, wie es seine Rolle bei der ausländischen Solarenthermie sieht. Was passiert, wenn der Versuch in Spanien scheitert? Es braucht weitere Perspektiven, wie eine erneuerbare Stromversorgung für die Stadt Zürich möglich ist. Die GLP-Fraktion stimmt der Weisung zu.

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** In der Kommission war die SVP-Fraktion noch für das Projekt und beratschlagte sogar, wie man vielleicht noch einen grösseren Teil des Kuchens abbekommen könnte. Doch wenn der SVP-Bundesrat für Atomenergie ist, fehlt wohl der Mut, zu einer anderen Meinung zu stehen. Wir wollen an einer neuen Technologie etwas ausprobieren und von Anfang an dabei sein. Die gesammelten Erfahrungen werden von grossem Nutzen sein, wenn es an der Zeit ist, diese Technologie für uns anzuwenden. Wenn sich das Finanzkonstrukt über die ewz Deutschland GmbH schneller und einfacher abwickeln lässt, spricht nichts dagegen. Wir haben die Oberaufsicht über das ewz, können jederzeit beobachten und nachfragen, was entschieden und wo investiert wird. Die Weisung ist deshalb anzunehmen.

**Bruno Amacker (SVP):** Es entspricht bester Zürcher ewz-Tradition, Energien die man nicht vor Ort gewinnen kann, auswärts abzuholen. So hat man es vor knapp hundert Jahren im Bündnerland gemacht. Allerdings mit dem Unterschied, dass die Stadt Zürich selbst die Werke baute und betrieb. Das hier gezeigte Geflecht mit Querfinanzierungen und Rückversicherungen erinnert an Gebilde aus der Zeit der Finanzblase. Die veranschlagten Kosten für die Due-Diligence-Prüfungen sind so hoch, dass die Risiken vielfältig und nicht abschätzbar bleiben. Für die Firma Transfield, die die Risiken vor Ort minimieren soll, bedeutet das spanische Solarthermiekraftwerk das erste europäische Projekt. Auf eine grosse Erfahrung lässt dies nicht schliessen. Dies ist keine Investition in Energie, sondern ein hochriskantes Geschäft. Es sollte keine staatliche Kernaufgabe sein, Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

**Niklaus Scherr (AL):** Vor einigen Jahren investierten wir unheimlich viel Geld in die Hochspannungsleitungen, um den Leitungsverlust bei Langstreckentransporten zu verringern. Die grosstechnologische Versorgungsphilosophie, die wir mit Kohle- und Atomkraftwerken abdeckten, übernehmen wir nun eins zu eins für die Stromautobahnen. Wohlwissend, dass dabei auch viel Energie verloren geht. Es ist gut, dass das ewz mit diesen Technologien Erfahrungen sammelt, aber sind die Kosten dafür noch ökonomisch vernünftig? Es ist nicht realistisch anzunehmen, dass die Lösung unserer zukünftigen Stromversorgung in Südspanien, in der Sahara oder in der Nordsee liegt.

**Simon Kälin (Grüne):** In erneuerbare Energien muss erst viel investiert werden, um ein goldenes Ende zu erreichen. Sind alle Anlagen abgeschrieben, produzieren diese sehr rentabel und preisgünstig. Bei der Kernenergie ist dies nicht der Fall, am Schluss müssen die Anlagen zurückgebaut werden und man sitzt auf hohen Entsorgungskosten. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel von möglichst billigem zu möglichst nachhaltigem Strom. Der Wirkungsgrad eines solarthermischen Kraftwerks ist besser als bei der Photovoltaik, weil ein grosser Teil der Sonnenenergie als Wärme oder Infrarotstrahlung ab-

gestrahlt wird, während Photovoltaik auf einem quantenphysikalischen Effekt aufbaut und deshalb nur ganz bestimmte Frequenzbereiche für Energiegewinnung genutzt werden können. Beide Technologien bergen aber grosses Potenzial. Die richtige Netzinfrastruktur vorausgesetzt, steht ausreichend elektrische Energie für alle zur Verfügung. Einen anderen Reaktor als die Sonne benötigen wir nicht, weshalb der Weisung nur zugestimmt werden kann.

**Mauro Tuena (SVP):** Wer trägt im Falle eines Scheiterns die Kosten? Vor allem dann, wenn der spanische Staat sich nicht beteiligen kann, weil ihm die finanziellen Mittel dazu fehlen. Es ist etwas anderes, wenn sich die Stadt Zürich im eigenen Land an einem Projekt beteiligt, wo die gleichen Rahmenbedingungen und Gesetze gelten und die Funktionen sowie Beteiligungen glasklar ersichtlich sind.

**Balthasar Glättli (Grüne):** Der Strom vom Bündnerland kam auch nicht ganz unproblematisch zu uns, denn die grossen Starkstromleitungen führten wohl kaum zur Zufriedenheit der AnwohnerInnen. Man muss auch nicht den spanischen Staatskonkurs beschwören und meinen, in Deutschland wäre zum Beispiel alles ganz anders. Die Energiewirtschaft ist eine relativ besondere, sehr oft parastaatliche und schlecht zu kontrollierende Veranstaltung. Wir müssen die Weichen so stellen, dass wir unsere Aufsichtsverantwortung als Gemeinderat - auch im Falle eines Rückschlags - unter erhöhter Vertraulichkeit wahrnehmen können. Das ewz kann demgegenüber aber auch lokal sehr viel machen, denn nicht nur in Spanien scheint die Sonne.

**Martin Luchsinger (GLP):** Da sich auch die Industriellen Werke Basel (IWB) am Projekt in Spanien beteiligen, wurde dieses in Basel-Stadt mit der Begründung gutgeheissen, dass die technischen Risiken in einer vernünftigen Relation zu den wirtschaftlichen Chancen stehen würden. Zudem wurde die Beteiligung dort als Chance für den Kanton Basel-Stadt und die IWB gesehen, sich national und international als Innovatoren im Bereich erneuerbare Energien auszuweisen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** In Basel ist man zum gleichen Schluss gekommen wie in der Stadt Zürich. Denn es handelt sich hier um ein Postulat aus dem Rat, das mehrheitlich überwiesen worden ist. In diesem Sinne haben wir einen Auftrag erfüllt. Die Aufsichtspflichten und -rechte gelten für die ewz Deutschland GmbH genauso, wie für unsere anderen Partnerwerke. Wir sind für absolute Transparenz und Offenheit. Die Zahlen für die Due-Diligence-Prüfung haben wir deshalb sauber und exakt aufgelistet, anstatt weniger in gutem Glauben zu veranschlagen. Es ist eine erklärte Absicht des ewz, den Strom aus Spanien langfristig in die Schweiz zu bringen. Wir müssen und werden Mittel und Wege finden, um dies zu gewährleisten. So viele gute Projekte in Sachen erneuerbare Energie gibt es derzeit in Europa nicht. Das ewz hat in ihrem Auftrag diese Chance gepackt, weshalb die Weisung unterstützt werden muss.

**Niklaus Scherr (AL):** Eine direkte Frage an den Stadtrat: Operiert die IWB und die Genossenschaft Elektra Baselland auch über eine externe GmbH oder beteiligt sie sich direkt?

**STR Andres Türler:** Beide Firmen beteiligen sich direkt.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Präsident Bernhard Piller (Grüne), Referent; Vizepräsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Matthias Probst (Grüne), Ruggero Tomezzoli (SVP), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP), Bruno Wohler (SVP)
- Enthaltung: Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 95 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Zur Durchführung einer oder mehrerer Kapitalerhöhungen der ewz (Deutschland) GmbH und zur Gewährung von Gesellschaftsdarlehen an die ewz (Deutschland) GmbH wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit von Fr. 19 540 000.– zwecks Beteiligung an der Projektgesellschaft Tubo Sol Puerto Errado 2 S.L. (Eigenkapital und Gesellschaftsdarlehen) bewilligt.
2. Das Postulat «Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa» von Bernhard Piller und Daniel Leupi vom 27. Mai 2009, GR Nr. 2011/35 (statt Motion, GR Nr. 2009/219) wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juni 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30 Juni 2011)

**1375. 2010/495**

**Weisung vom 26.11.2010:**

**Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistenzdienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss**

Antrag des Stadtrats

1. Die Immobilien-Bewirtschaftung wird ermächtigt, mit Schächli Grundstücke Verwaltungen KG einen Mietvertrag über 227 m<sup>2</sup> Bürofläche und zwei Parkplätze für Zwecke der Stadtpolizei in der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 79 680.–, zuzüglich Nebenkosten a conto von Fr. 2640.–, ab 1. Mai 2011 mit einer festen Dauer bis 30. September 2016 und einer Option für weitere zwei mal fünf Jahre abzuschliessen.
2. Für den Ausbau im Erdgeschoss der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 855 000.– (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2011 der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein zusätzlicher Kredit auf folgendem Konto bewilligt:  
Konto Nr. 4040500163, Immobilien-Bewirtschaftung Fr. 855 000  
Einbauten in von der Stadt gemieteten Liegenschaften, Sammelkonto

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Mario Mariani (CVP):** Die Stadtpolizei benötigt neue Räumlichkeiten, um eine zentrale Ausweisverluststelle zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen zwei weitere Räume in einer Liegenschaft bezogen werden, in der die Stadtpolizei bereits eingemietet ist. Die Miete für die zusätzlichen Büros müsste seit Anfang des Monats laufen, die Weisung konnte aber erst kürzlich, nach Einsicht der IMMO-Strategie, in der Kommission abgeschlossen werden. Da hauptsächlich bestehendes Personal des Polizeilichen Assistenzdienstes in

diesem administrativen Zusammenzug wirken soll, erhöht sich die Kapazität der uniformierten Polizei auf der Strasse. Natürlich kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner, jede und jeder Auswärtige auch von daheim mittels E-Commerce eine Verlustanzeige aufgeben. Für diejenigen, die keinen Computer haben, erleichtert eine einzige Anlaufstelle aber aufwendige Bürokratie und führt zu schnelleren Ergebnissen. Ich bitte alle Ratsmitglieder deshalb dieser Weisung zuzustimmen.

**Dr. Richard Wolff (AL):** Diese Weisung ist der Anfang eines schleichenden Abbaus der Polizeiposten in den Quartieren, daraus resultiert ein sinkender Qualitätsverlust. Der geplante Ausbau des Anzeigenbüros lässt darauf schliessen, dass zukünftig auch für weitere Delikte die Zentralstelle aufgesucht werden muss. Dabei geht die BürgerInnennähe und die Kundenfreundlichkeit verloren. Es heisst, die Anlaufstelle sei gut erschlossen, aber direkt vor dem Haus findet sich keine Tram- oder Bushaltestelle. Vielleicht wird für die Zentralisierung kein zusätzliches Personal benötigt, jedoch sicherlich mehr Mietfläche. Rechnet man die Kosten hierfür auf ein Jahr hoch, könnten mit dem Geld schon zwei ganze Polizeistellen geschaffen werden. Aus diesen Gründen empfehlen wir die Vorlage zur Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bisher wurden pro Jahr ungefähr 5000 Ausweisverluste in der Stadt Zürich angezeigt. Eine Person könnte diese Meldungen innert eines Jahres abarbeiten. An der Schaffhauserstrasse soll aber nicht nur ein Schalterraum für zwei Personen bezogen werden, sondern ausserdem ein Schreibraum für zwei bis vier Arbeitsplätze und ein Rapportraum für zwanzig bis dreissig Personen. Gemessen an der tatsächlichen Arbeitsbelastung von drei bis vier Anzeigen täglich, ist diese Zentralstelle überdimensioniert und überverteuert. In Tat und Wahrheit geht es nur darum, den MitarbeiterInnen des Polizeilichen Assistenzdienstes einen Raum zu bieten, damit sie ihre Rapporte nicht mehr auf dem Gang schreiben müssen. Die SVP-Fraktion lehnt die Weisung ab, das teure Ausbreiten der Bürokratie muss bekämpft werden.

**Heinz F. Steger (FDP):** Hier geht es nicht um die Quartierwachen, sondern darum, das Polizeipersonal auf den Regionalwachen zu entlasten. Es ist nicht zumutbar, dass eine Bewohnerin, ein Bewohner des Triemli-Quartiers an eine zentrale Anlaufstelle verwiesen wird. Die Quartierwachen müssen solche Kleinanzeigen weiterhin entgegennehmen, so steht es in der Weisung. Die FDP-Fraktion unterstützt diese und damit auch die Ziele der Stadtpolizei: Vermehrte Präsenz im Revier, Reduktion der Administration und Effizienzsteigerung. Wir sind aber auch der Meinung, dass man mit der Zeit gehen muss, weshalb alles auf eine vollständige Elektronisierung ausgerichtet sein sollte.

**Thomas Schwendener (SVP):** Ist es nicht eine Kernaufgabe jeder Polizistin und jedes Polizisten, eine Anzeige entgegenzunehmen? Die Stadtzürcher Bevölkerung versteht nicht, warum sie aus ihrem Wohnquartier heraus zu einer zentralen Ausweisstelle fahren muss, um einen Verlust anzumelden. Weniger aufwendig und billiger wäre es, einen PC in jedem Wachposten zu installieren und der Bevölkerung für eine Verlustmeldung frei zugänglich zu machen.

**Christoph Gut (SP):** Die ganze polizeiliche Administration wäre zentralisiert, es müsste nur an einem Ort Pikettdienst geleistet werden, die Wachen würden entlastet. Polizeipersonal, welches aus unterschiedlichen Gründen auf einer Regionalwache nicht einsetzbar ist, könnte hier gezielt beschäftigt werden. Die Effizienz spricht für sich, weshalb die SP-Fraktion die Vorlage gutheisst.

**Niklaus Scherr (AL):** Zentralisierungen, bei denen alle Kompetenzen zusammengefasst werden um andere Stellen zu entlasten, schaffen meist einfach nur eine zweite Struktur.

*Ältere Personen sollen laut Weisung nicht an die Schaffhauserstrasse müssen, um eine Verlustanzeige zu machen. Doch wann ist ein älterer Mensch alt oder nicht mehr fit genug, um im eigenen Quartier auf die Wache gehen zu dürfen? Ein Modell muss in sich stringent sein und funktionieren, entweder gehen alle dorthin oder niemand. Halbheiten und Ausnahmen sollte es keine geben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es ist ein grundsätzliches Problem, dass unsere Uniformpolizei zuviel mit Rapportieren beschäftigt ist. Die Stadtpolizei hat ihre Leute aber dafür ausgebildet, auf der Strasse präsent zu sein und wenn nötig dort zu intervenieren. Personal aus dem Polizeilichen Assistenzdienst könnte das Massengeschäft Ausweisverlust übernehmen und so effizienter bearbeiten. Falls StadtbewohnerInnen nicht mehr auf ihrer Kreiswache eine Anzeige machen könnten, wäre dies in der Tat ein Leistungsabbau. Dem ist aber nicht so. Die Regionalwachen mit ihrem 24-Stunden-Betrieb sollen unterstützt werden. Dort wird dem Personal ein teurer Nachtzuschlag gezahlt, nur damit ein Ausweisverlust protokolliert werden kann. Man darf nicht ständig Entlastung fordern und das erste Projekt dann gleich ablehnen. Der Stadtrat bittet deshalb, dieser Weisung zuzustimmen.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Referent; Jacqueline Badran (SP), Michael Baumer (FDP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Beatrice Reimann (SP), Christine Seidler (SP), Heinz F. Steger (FDP)
Minderheit:	Walter Angst (AL) i.V. von Dr. Richard Wolff (AL), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 27 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Immobilien-Bewirtschaftung wird ermächtigt, mit Schäppi Grundstücke Verwaltungen KG einen Mietvertrag über 227 m<sup>2</sup> Bürofläche und zwei Parkplätze für Zwecke der Stadtpolizei in der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 79 680.–, zuzüglich Nebenkosten a conto von Fr. 2640.–, ab 1. Mai 2011 mit einer festen Dauer bis 30. September 2016 und einer Option für weitere zwei mal fünf Jahre abzuschliessen.
2. Für den Ausbau im Erdgeschoss der Liegenschaft Schaffhauserstrasse 26, 8006 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 855 000.– (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2011 der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein zusätzlicher Kredit auf folgendem Konto bewilligt:  
Konto Nr. 4040500163, Immobilien-Bewirtschaftung Fr. 855 000  
Einbauten in von der Stadt gemieteten Liegenschaften, Sammelkonto

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juni 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. Juni 2011)

**1376. 2008/247**  
**Motion der FDP-Fraktion vom 02.06.2008:**  
**Kongresshaus, Projektfinanzierung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion begründet Michael Baumer (FDP) die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3141/2008).

**Michael Baumer (FDP):** *Das Problem einer fehlenden Kongresshausinfrastruktur in der Stadt Zürich besteht weiterhin, trotz inzwischen erfolgter Evaluation der möglichen Standorte. Der Stadtrat schrieb in seiner Antwort von einer Denkpause, die eingehalten werden muss. Die FDP-Fraktion fordert aber, dass die nächsten Schritte endlich eingeleitet, respektive die konkrete Planung an die Hand genommen wird. Die Finanzierung ist mit Public Private Partnership (PPP) geplant. Die Wirtschaft soll in die Standortwahl und in den Betrieb des Gebäudes miteinbezogen werden, damit nicht ein mässig funktionierendes Kongresshaus irgendwo dort gebaut wird, wo es niemandem von Nutzen ist.*

Michael Baumer (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Der Stadtrat steht hinter der Idee eines modernen Kongresshauses für Zürich und hat sich das Ziel gesetzt, bis Ende Jahr den Standort festzulegen. Diese Zeit wird benötigt, um letztlich keine Chance zu verpassen. Die Motion fordert in ihrem Kern eine Projektierung mit PPP-Finanzbeteiligung. Wir wollen uns jedoch keine Fesseln anlegen lassen, sondern möglichst unbefangenen ausloten können. In Sachen Hardturm hat sich bereits gezeigt: Die Stadt muss die Gliederführung übernehmen und aus einer Hand planen, um ein Projekt schnell voranzutreiben. Der Stadtrat ist deshalb bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Motion als solche lehnt er aber ab.*

Matthias Probst (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

**Matthias Probst (Grüne):** *Der Bau eines Kongresshauses ist nicht zwingend notwendig, kostet zuviel und bisher rückte sowieso kein vernünftiger Ort in Sichtweite. Des weiteren ist eine PPP-Beteiligung sinnvoll, wenn vom gegenseitigen Knowhow profitiert werden kann. Eine PPP als reines Finanzkonstrukt ist hingegen nicht empfehlenswert, denn dann wird die Stadt automatisch den Kürzeren ziehen. Diese schmerzhaft Erfahrung haben wir schon beim Hallenstadion machen müssen. Die Grüne-Fraktion unterstützt deshalb die Motion, aber nicht das Postulat.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mario Mariani (CVP):** *Es ist unbestritten, dass der Standort Zürich ein neues Kongresshaus braucht. In diesem Projekt will und soll sich die Wirtschaft engagieren. Doch die Stadt reagiert richtig, wenn sie sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf die konkrete Finanzierung festlegt und die Planung in der Hand behalten will. Schliesslich muss verhindert werden, dass der Stadtrat plötzlich nichts mehr zu sagen hat, im Falle eines Scheiterns das Projekt aber dann selber hochstemmen muss. Die CVP-Fraktion spricht sich deshalb für das Postulat im Sinne des Stadtrats aus.*

**Jacqueline Badran (SP):** *PPP bedeutet, dass Private sich eine gesetzte Rendite mittels*

*A-fonds-perdu-Beitrag von der öffentlichen Hand garantieren lassen. In diesem Falle würde die Stadt zahlen, das Risiko übernehmen und das Defizit garantieren. Billiger käme es sie jedoch, wenn sie das Kongresshaus in Eigenverantwortung bauen liesse. Das Hochbaudepartement hat zudem bestätigt, dass es gerade für öffentliche Bauten keinerlei Sinn macht, eine PPP einzugehen. Die öffentliche Hand verfügt, viel mehr als die Privaten, über umfassendes Wissen und die nötige Erfahrung in Spezialbauten. Eine PPP ist nicht grundsätzlich abzulehnen, im Falle eines Kongresshausbaus aber nicht opportun und würde den SteuerzahlerInnen schaden.*

**Roger Tognella (FDP):** *Die Grünen sind in ihrer Ablehnung gegenüber PPP inkonsequent. Die vorhergehende Weisung des ewz mit klassischer PPP-Beteiligung am Solarthermiekraftwerk in Spanien, hat die Partei wohlwollend gutgeheissen. Die SP hingegen verteufelt PPP ganzheitlich als etwas völlig verwerfliches.*

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** *Wir stimmen mit der FDP-Fraktion überein, dass möglichst früh die Finanzierung vom zukünftigen - und aus unserer Sicht wünschenswerten Kongresshaus - geklärt werden muss. Die Finanzierung sollte nicht allein von der öffentlichen Hand getragen werden, da von einem neuen Kongresshaus alle profitieren. Auf eine PPP als einzig erstrebenswerte Lösung, muss man sich aber nicht fixieren. Die GLP-Fraktion unterstützt das vorgeschlagene und bereits eingeleitete Vorgehen des Stadtrats und wünscht sich eine sorgfältige, aber nicht übereifrige Entwicklung des Projekts.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Zürich ist zwar keine Grossstadt, aber eine Weltstadt. Deshalb ist es peinlich, wenn wir es nicht schaffen hier ein richtiges Kongresshaus zu bauen. Mit der Projektierung muss rechtzeitig angefangen werden, damit auch die finanzielle Seite Klarheit schafft. Die SVP-Fraktion würde auch die Motion der FDP unterstützen, selbstverständlich deshalb auch das Postulat.*

**Jacqueline Badran (SP):** *Die FDP-Fraktion hat einfach schlecht recherchiert. Wir haben eine schriftliche Anfrage an den Stadtrat gestellt, wo die Synergien mit PPP liegen und was der Mehrwert ist. Was der Sinn des Ganzen sei, ausser einem ideologischen Überbau. Aus der Antwort ging ganz klar hervor, dass ein Bau mit PPP die teurere Variante darstellen würde.*

**Theo Hauri (SVP):** *Eine PPP muss nicht per se schlecht sein, nur weil sie einmal falsch aufgegleist wurde. Wir müssen mit der Planung vorankommen und eine öffentlich-private Partnerschaft ist ein Geben und Nehmen. Schliesslich lebt unsere Wirtschaft vom Gewinn, der in einem fairen Rahmen erwirtschaftet wurde.*

Das Postulat GR Nr. 2011/186 (statt Motion GR Nr. 2008/247, Umwandlung) wird mit 55 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1377. 2008/257**

**Postulat von Monjek Rosenheim (FDP), vertreten durch Michael Baumer (FDP) vom 04.06.2008:  
Stadtverwaltung, Bericht über Raumbelagung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Baumer (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3161/2008).

**Michael Baumer (FDP):** Die FDP-Fraktion vermisst eine genaue Darlegung, wo sich die Stadt den künftig zusätzlich notwendigen Raumbedarf vorstellt und wie er an Ort und Stelle umgesetzt werden soll. Ein solcher Bericht mit detaillierten Kennzahlen wäre nicht allzu aufwendig, da die Portfoliostrategie der IMMO als Grundgerüst fungieren könnte und die Raumbelagungen nur laufend aktualisiert werden müssten. Die FDP-Fraktion hält aus diesem Grund an diesem Postulat fest.

Christoph Gut (SP) begründet den von Judith Bucher (SP) namens der SP-Fraktion am 18. Juni 2008 gestellten Ablehnungsantrag.

**Christoph Gut (SP):** In dem geforderten Bericht geht es darum, das Verwaltungsvermögen dem Marktpreis zuzuordnen. Doch die Stadt hat nicht vor, im Zentrum Liegenschaften zu veräußern, um an den billigen Stadtrand zu ziehen. Es ist auch nicht sinnvoll, die Stadt mit der Ausrechnung von Pseudomarktpreisen an Orten zu beauftragen, für die es in dieser Form vermutlich gar keinen Marktpreis gibt. Für eine detailliertere Portfoliostrategie reicht eine Dringliche Schriftliche Anfrage oder eine Nachfrage bei der Verwaltung aus. Insbesondere, wenn man weitere Kennzahlen und Tabellen erfragen will. Da ein Bericht nicht notwendig ist, empfiehlt die SP-Fraktion die Ablehnung des Postulats.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die SVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass der hier verlangte Bericht überflüssig ist. Solche Berichte tragen die Gefahr in sich, nicht nur zu kosten, sondern auch eine Eigendynamik zu entwickeln. Alles Wünschenswerte wird in ihnen festgehalten und dadurch Bedürfnisse geweckt, die man meint befriedigen zu müssen.

**Gabriele Kisker (Grüne):** Schon seit 2001 beschäftigt sich die Stadt mit dieser Materie, ein zusätzlicher Bericht zögert das Vorankommen nur weiter hinaus. Eine Strategie muss nun entwickelt und der IMMO der Rücken freigehalten werden, damit sie sich darauf konzentrieren kann.

**Mario Mariani (CVP):** Die CVP-Fraktion unterstützt das Postulat, weil das IMMO-Portfolio den Namen Strategie noch nicht verdient. Es ist wichtig zu wissen, ob die Stadt Verwaltungszweige im Zentrum oder in den Aussenquartieren sucht.

**Walter Angst (AL):** Die Strategie der IMMO und des Stadtrats ist es, rund um den Kreis 1 anzumieten, um möglichst nahe Wege zu gewährleisten. Richtig am Postulat ist es deshalb schon, nach dezentralen Möglichkeiten zu fragen. Die Einforderung eines Berichts ist aber trotzdem problematisch: eine Strategie gibt es schon, es ginge höchstens um ihre Korrektur. Doch der Gemeinderat ist für Immobilienstrategien nicht zuständig und will dem Stadtrat keine Daumenschrauben anlegen. Die Leitplanken sind hier richtig formuliert. Ein Bericht inklusive Marktkostenberechnung für bestehendes Verwaltungsvermögen ist unnötig, denn dieses will die Stadt sowieso nicht verkaufen.

Das Postulat wird mit 42 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1378. 2008/315

**Motion der CVP-Fraktion vom 02.07.2008:  
Arealüberbauung, Überprüfung auf Kinderverträglichkeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Namens der CVP-Fraktion begründet Dr. Josef Widler (CVP) die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3298/2008).

**Dr. Josef Widler (CVP):** *In der Stadt Zürich sind Spielplätze in Wohnquartieren und in der Umgebung von Schulhäusern und Kindergärten zwar definiert, im unmittelbaren Wohnbereich fehlt es jedoch an genügend grossen Grünflächen für Kinder. Bei den Arealüberbauungen wird gesetzlich festgehalten, wieviel diebstahlsichere Veloabstellplätze und Parkplätze pro Quadratmeter Wohnfläche benötigt werden. Eine solche vorgeschriebene Nutzungsfläche würden wir uns auch für die Jüngsten wünschen. Für die Zukunft der Stadt bittet die CVP-Fraktion deshalb darum, die Motion zu unterstützen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Der hier vorliegende Vorstoss hat keine Motionsfähigkeit, denn die Überprüfung auf Kinderverträglichkeit findet im baurechtlichen Bewilligungsverfahren und in der Bausektion statt. Der Gemeinderat kann in die Formulierung nicht eingreifen. In der Wohnzone müssen, laut baurechtlichem Bewilligungsverfahren, 2/3 der nichtüberbauten Grundstücksflächen begrünt werden. Die verlangten Quadratmeter Freifläche pro Wohnfläche existieren bei Arealüberbauungen, Gestaltungsplänen sowie Sondernutzungsplänen also bereits und können eingefordert werden. Das Motionsanliegen ist in diesem Sinne erfüllt und wir empfehlen es deshalb zur Ablehnung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Christine Seidler (SP):** *Die Stadt Zürich steht unter einem enormen Nutzungs- und Siedlungsdruck. Dabei kommt der Grünraum unter die Räder. Gerade aber unter dem Aspekt der Wohnflächenverbrauchszunahme in den nächsten Jahren und daran geknüpft, sich stetig verändernde Bedürfnisse, sind festgeschriebene Zahlen nicht sinnvoll. Weil das Wort Kinderverträglichkeit zudem missverständlich ist, beantragt die SP-Fraktion eine Textänderung: „Um eine kindergerechte Qualität der Aussenräume zu erzielen sind Grünflächen auszuscheiden und anzulegen, die dem Freiräumkonzept der Stadt Zürich entsprechen und dieses erfüllen. Diese Flächen müssen den Kindern dauernd zur Verfügung stehen.“ Im Motionstext wird die Grünflächenbemessung mit der Parkplatzfläche verknüpft. Dies hiesse aber, dass in autoarmen Siedlungen gar keine Grünflächen mehr gebaut würden. Freiflächen sollten auch dort angelegt werden können, wo keine zur Verfügung stehen. Die SP-Fraktion unterstützt die Motion mit der entsprechenden Textänderung.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Die Stossrichtung der Motion ist richtig. Eine Gruppierung wird dabei jedoch vergessen, nämlich die Jugendlichen. Uns ist es deshalb wichtig, dass bei solch einer umfassenden Forderung punkto Arealüberbauungen nicht nur von Kindern, sondern auch von Jugendlichen die Rede ist. Wir bitten diese Textänderung in der Motion zu berücksichtigen und stimmen dieser zu.*

**Thomas Schwendener (SVP):** *Den geforderten Punkten wird schon Rechnung getragen, eine festgeschriebene Quadratmeterzahl ist nicht erforderlich. Viele Kinder nutzen eher die Spielplätze in den Quartieren, als die kleineren Grünflächen auf den Wohngrundstücken. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Motion ab.*

**Michael Baumer (FDP):** *Alles kann nicht mit Zahlen geregelt werden. Die Konsequenz dieses Vorstosses ist eine Verkomplizierung der Bauordnung mit entsprechender Verteuerung des Wohnungsangebotes. Die FDP-Fraktion fordert die Ratsmitglieder deshalb auf, sich gegen weitere Normen auszusprechen.*

**Irene Bernhard (GLP):** *Die GLP-Fraktion unterstützt das Ziel, die Stadt kinderfreundlicher zu machen. Doch dann bitte flächendeckend und nicht nur bei den Arealüberbauungen. Seltsam mutet es an, Kinder mit Autos zu vergleichen und ihnen die gleiche Anzahl Fläche zuzugestehen. Kinderfreundlichkeit lässt sich nicht an der verfügbaren Quadratmeteranzahl messen. In grösseren Überbauungen muss nicht zwingend ein viel grösserer Spielplatz gebaut werden, wenn gleich nebenan der Quartierspielplatz steht. Sinnvolle Massnahmen sind situationsbedingt zu entscheiden. Die GLP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen, lehnt die Motion aber ab.*

**Urs Rechsteiner (CVP):** *Den SP-Antrag lehnt die CVP-Fraktion ab, heisst aber den Antrag der Grünen gut, die Jugendlichen im Motionstext einzuschliessen. Die Stadtbevölkerung wächst, die Kleinsten und die Jugendlichen sollten dabei nicht vergessen werden. Das Wohl der Kinder kann man wahrlich nicht in Quadratmeterzahlen bemessen, dies kann aber ein weiterer Indikator sein. Die CVP empfiehlt die abgeänderte Motion zur Annahme.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung mit dem Inhalt zu unterbreiten, dass Arealüberbauungen bereits im Rahmen des Bewilligungsverfahrens auf ihre Kinder- und Jugendverträglichkeit überprüft werden. Gestützt auf § 248 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und Art. 11 der Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich sind die notwendigen Rahmenbedingungen festzulegen. So sind unter anderem pro 120m<sup>2</sup> Wohnfläche 8m<sup>2</sup> Grünfläche anzulegen, mindestens aber die gleiche Fläche, wie sie von den Fahrzeugabstellplätzen beansprucht wird. Diese Fläche muss den Kindern und Jugendlichen dauernd zur Verfügung stehen.

Die geänderte Motion wird mit 23 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **1379. 2011/182**

**Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 25.05.2011:**

**Verzicht auf die Vermietung der Wohnungen in der städtischen Liegenschaft Kreuzstrasse 11/Dufourstrasse 36 an das Opernhaus**

Von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Jacqueline Badran (SP) ist am 25. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die Vermietung der Wohnungen in der städtischen Liegenschaft Kreuzstrasse 11/Dufourstrasse 36 an das Opernhaus verzichtet und der Wohnraum stattdessen auf dem üblichen Weg an Private vermietet werden kann.

Begründung:

Der Stadtrat plant, die Wohnungen in den Liegenschaften Kreuzstrasse 11/Dufourstrasse 36 nach einer unumgänglichen umfassenden Renovation mit einem langfristigen Mietvertrag dem Opernhaus als Personalwohnraum zu überlassen. Angesichts der zunehmend schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt, namentlich im betreffenden Quartier, ist zu überprüfen, ob diese neu vorgesehene dauerhafte Vermietung an eine kantonale Kulturinstitution vertretbar ist oder ob nicht eine Vermietung an private Mieterinnen und Mieter auf den für die Stadt Zürich üblichen Wegen den Vorzug erhalten sollte. Dies umso mehr, als der Kanton Zürich in der Stadt ja auch Liegenschaften besitzt und vermietet, eine den städtischen Zielen und Grundsätzen oft zuwiderlaufende Immobilienpolitik betreibt und bereits jetzt durch zweckgebundene Nutzungen (z.B. Universität) Wohnraum in nicht unerheblichem Mass der Wohnnutzung entzieht.

Mitteilung an den Stadtrat

**1380. 2011/183**

**Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP):  
Einführung einer grünen Parkkarte**

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 25. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, die Einführung einer grünen Parkkarte zu prüfen. Diese ist an die Autonummer gebunden und jährlich zu erneuern. Eine in die Karte integrierte Parkscheibe erlaubt es, umweltschonende Fahrzeuge neben der blauen Zone auch auf gebührenpflichtigen, öffentlichen, oberirdischen Parkplätzen gebührenfrei zu parkieren – dies zeitlich eingeschränkt wie bei den blauen Parkscheiben.

Der Stadtrat bestimmt dabei die Fahrzeugtypen und -kategorien, welche zur Benutzung einer solchen Parkscheibe berechtigen und passt diese jährlich strengerem ökologischen Anforderungen an. Gleichzeitig werden die oberirdischen Parkplatzgebühren so erhöht, dass die von der grünen Parkkarte bewirkten Ausfälle kompensiert werden

Begründung:

Die Förderung von umweltschonenden Fahrzeugen und das Schaffen von Anreizen zum Umstieg auf solche dienen einer menschenfreundlicheren Stadt Zürich sowie den Zielen der Luftreinhalteverordnung und der 2000-Watt-Gesellschaft.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

**1381. 2011/184**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 25.05.2011:  
Portfoliostrategie 2020 der Immobilien-Bewirtschaftung Stadt Zürich (IMMO)**

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 48 Mitunterzeichnenden ist am 25. Mai 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In ihrer kürzlich vorgelegten ‚Portfoliostrategie 2020 Engere Verwaltung‘ gibt die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich (IMMO) Einblick in die aktuellen und zukünftigen Raumbedürfnisse der engeren Stadtverwaltung. Eine dieser Portfoliostrategie beigelegte Standortliste 2010 lässt erkennen, dass von den 286'000 m<sup>2</sup> durch die IMMO verwalteten Flächen per Ende 2010 deren 54'000 m<sup>2</sup> in Fremdobjekten zugemietet werden.

In ihrer „Standort- und Raumoptimierung, Gesamtbilanz 2005“ hatte die IMMO als strategisches Ziel bzgl. der Fremdmietverhältnisse noch formuliert: „Langfristig von ca. 36'000 m<sup>2</sup> Nutzfläche auf annäherungsweise 0 m<sup>2</sup>. Bis 2010 Erhöhung erwartet.“ Die Zunahme der Fremdmieten beläuft sich seit 2005 somit auf 50%.

Für die kommenden Jahre prognostiziert die IMMO zusätzlich einen zwingenden Flächenbedarf von 45'000 m<sup>2</sup> und einen strategischen Bedarf von 25'000 m<sup>2</sup>. Im HBD gibt es offenbar noch wenig konkrete Vorstellungen darüber, wo in neun Jahren 70'000 m<sup>2</sup> zusätzliche Fläche für die Verwaltung bereitgestellt werden können. Hingegen lässt die Portfoliostrategie erkennen, dass bis 2020 das Zumieten von weiteren, grossen Fremdflächen vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass in den nächsten Jahren statt der angestrebten Reduktion der Fremdmieten ein rasantes Wachstum zu erwarten ist?
2. Wie viel kostete das Zumieten von Fremdflächen die Stadtkasse im Jahr 2010? Welche Kostensteigerungen sind durch die Miete von Fremdflächen in den Jahren 2011 – 2020 zu erwarten?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass das in der „Raumbedarfsstrategie 2008“ für die Arbeit der IMMO gesteckte Ziel, mit den Departementen bis in Jahr 2010 Raumbedarfsstrategien zu erarbeiten, nicht erfüllt wurde? Nur vom Polizeidepartement liegt eine Raumbedarfsstrategie vor. Was sind die Gründe für das Nichterreichen des Ziels und welche Optimierungen sind zur Zielerreichung vorgesehen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat den von der IMMO prognostizierten Flächenbedarf (zwingend und strategisch)? Welche Alternativen zum überaus starken Wachstum der Verwaltung werden diskutiert? Welche Alternativen zur Ausdehnung der Fremdmieten werden diskutiert?
5. In der Sitzung der SK HB/SE vom 12. April 2011 erklärte Stadtrat André Odermatt seine Offenheit, über die Arbeit der IMMO mittels Resultaten eines Monitorings Auskunft zu geben (Sitzungs-Protokoll S. 8/19). Welche konkreten Schritte schlägt der Stadtrat vor? Mit welchen Kennzahlen sollen SK und GR über die Arbeit der IMMO auf dem Laufenden gehalten werden? Kann dem Wunsch stattgegeben werden, die Standortliste bzgl. der Fremdmieten um die Mietkonditionen p.a. und Mietdauer zu ergänzen und die Liste der SK HB/SE zweimal jährlich vorzulegen?

Mitteilung an den Stadtrat

**1382. 2011/185**

**Schriftliche Anfrage von Bernhard Piller (Grüne) und Martin Luchsinger (GLP) vom 25.05.2011:**

**Stromproduktionsanlage im Ausland, Beteiligungsstrategie über die Firma «ewz (Deutschland) GmbH»**

Von Bernhard Piller (Grüne) und Martin Luchsinger (GLP) ist am 25. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das ewz setzt auf erneuerbare Energieproduktion, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Explizit setzt das ewz auf Windkraftanlagen in Nordeuropa und seit neuestem auch auf Solarthermie in Südeuropa. Es kauft eigene Anlagen, oder beteiligt sich an diesen. Diese Diversifizierungsstrategie ist wichtig und richtig. Das ewz wurde auch schon mehrfach mittels Vorstössen aus dem Gemeinderat entsprechend dazu aufgefordert.

Diese Beteiligungen laufen jeweils über die Firma „ewz (Deutschland) GmbH“. Diese Firma mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ist zu 100% im Besitz von ewz.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches sind für den Stadtrat die Gründe, weswegen das ewz sich via die Firma „ewz (Deutschland) GmbH“ und nicht direkt an diesen Windparks bzw. Solarthermieanlagen beteiligt?
2. Welches sind die finanziellen und rechtlichen Vor- und Nachteile, die dem ewz durch diese Organisation der ausländischen Beteiligungen erwachsen?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass durch diese Beteiligungsstruktur möglicherweise die parlamentarischen Aufsichtskommissionen GPK und RPK in ihrer Aufsichtstätigkeit behindert werden? Sind sie doch für deren Ausübung vollkommen auf das Entgegenkommen der Firma „ewz (Deutschland) GmbH“ angewiesen und haben keinen Anspruch, die Geschäftstätigkeit dieser (privatrechtlichen) GmbH zu prüfen.
4. Was meint der Stadtrat dazu, dass durch diese wenig transparente Konstruktion die Einsichtsmöglichkeiten der politischen Kontrollbehörde, des Gemeinderates der Stadt Zürich, deutlich verringert werden?
5. Wie beurteilt der Stadtrat diese Konstruktion in Anbetracht des Volksentscheides vor 10 Jahren, sich

gegen die Ausgliederung des ewz aus der städtischen Verwaltung zu entscheiden?

Mitteilung an den Stadtrat

### **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 8. Juni 2011, 17:00 Uhr.